

Kommentierung

zur Erstellung des »Smart City Stufenplans« des
Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und
Bauwesen

20.10.2023

Zusammenfassung

Wir begrüßen die Initiative des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen zur Erstellung des Smart City Stufenplans für Deutschland. Positiv hervorzuheben ist, dass sich der dazugehörige Beirat das Thema ‚Skalierung‘ auf die Agenda setzt. Dies gelingt aus unserer Sicht nur, wenn die Smart City-Förderung zukünftig die Wiederverwendung von etablierten und marktfähigen Lösungen adressiert.

Kommentierung

Erfahrungen aus den Modellprojekten Smart Cities in Stufenplan einfließen lassen

Die Modellprojekte Smart Cities (MPSC) werden in der strategischen und operativen Umsetzung der Smart City-Projekte durch die Koordinierungs- und Transferstelle (KTS) begleitet. Ebenso hat das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) eine umfangreiche Begleitforschung beauftragt. Wir regen an, dass das BMWSB sowie die KTS zum Start der Erstellung des Stufenplans die bisherigen Erfahrungen aus den Modellprojekten aufbereiten und mit der Arbeitsgruppe teilen. Es wäre ein immenser Verlust, wenn KTS und BMWSB die Erfahrungen aus vier Jahren MPSC nicht transparent mit der Fachwelt teilen.

Weiterhin schlagen wir vor, dass das BMWSB für die MPSC ein Projektmonitoring im Sinne einer Scorecard erstellt, um Fachleuten transparent den Stand der Projekte darzustellen. Dazu sollte die KTS und Begleitforschung u. a. folgende Fragen aus den MPSC beantworten:

Berlin,
20. Oktober 2023

Bitkom e.V.

Michael Pfefferle
Bereichsleiter Smart
City & Mobility

T +49 30 27576-107
m.pfefferle@bitkom.org

Albrechtstraße 10
10117 Berlin

Präsident
Dr. Ralf Wintergerst

Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernhard Rohleder

- Technologie: Welche Technologie oder Lösung konnte wirklich skalieren (und welche nicht)?
- Strukturen und Prozesse: Welcher Umsetzungsprozess hat wirklich gut funktioniert und was waren die Erfolgsfaktoren?
- Vorgehensmodelle: Welche juristischen Herangehensweisen und Strukturen haben für Smart-City-Projekte besonders gut funktioniert? Welche Vorlagen (z. B. Kooperationsverträge) sind aktuell für alle Kommunen zugänglich (auch für Nicht-MPSC-Kommunen)?
- Daten: Welche Datenstandards, Schnittstellen und Architekturmodelle haben sich in den MPSC bewährt?
- Geschäfts- und Umsetzungsmodelle: Welche Kooperationen und Strukturen haben zu neuen Geschäftsmodellen oder einer schnelleren Durchführung von Maßnahmen geführt, die auch eine Fortführung nach oder ohne Förderung ermöglichen?

Weiterhin regen wir an, dass auch die Erfahrungen aus anderen Förderprogrammen in den Stufenplan einfließen sollten. Dazu zählen die Smarte.Land.Regionen des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, das auch dem Smart-City-Stufenplan-Beirat angehört. Um Smart Cities erfolgreich in der Fläche umzusetzen, muss der ländliche Raum im Stufenplan berücksichtigt werden.

Nachnutzung fördern und erleichtern

Der Stufenplan sollte konkrete Maßnahmen benennen, die die Nachnutzung von Smart-City-Lösungen für Kommunen unterschiedlicher Größenkategorien vereinfachen. Im Fokus der Förderung sollte die Wiederverwendung von etablierten und marktfähigen Lösungen für einen verlässlichen Infrastrukturbetrieb stehen und nicht die Pilotierung der gleichen Dienste und Produkte in vielen Kommunen. So könnte die Beschaffung von nachnutzbaren Technologielösungen gefördert werden, aber nicht deren mehrfache Entwicklung. Die mehrjährige Förderung (>=3 Jahre) ist erfolgreich. Es muss ein geeignetes Modell zur begleitenden, kombinierten Förderung und Finanzierung gefunden werden. Dieses Modell hilft bei der Überführung in marktwirtschaftliche Betriebsmodelle zur erfolgreichen Verstetigung. Es braucht Finanzierungsinstrumente, die Skalierung und Nachnutzung auch ohne Förderung ermöglichen. Die Finanzierung der Nachnutzung sollte sich dabei am Impact orientieren (wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Kriterien). Die Überführung in ein marktwirtschaftliches Modell wird in Projekten stets gefordert, aber nicht ermöglicht. Daher bedarf es Nachfinanzierungsmodellen (z. B. gemeinsam mit den Landesbanken). Der Stufenplan sollte berücksichtigen, dass die Finanzierung von Smart-City-Lösungen einer Plattformlogik folgt (APEX). Zu Beginn entstehen Basistechnologien, die als Basisinfrastruktur investiv beschafft werden müssen (bspw. Plattform, Digitaler Zwilling). Darauf folgen die Kosten für Anwendungen einer degressiven Logik zur Weiterführung der Lösungen (OPEX). Aber auch für die Hardware (bspw. Sensoren für Smart-City-Lösungen) entstehen laufende Kosten (bspw. für

Wartung und Pflege), die es zu berücksichtigen gilt. Die Basistechnologie könnten daher auch Landkreise oder Bundesländer für die Kommunen finanzieren.

Wirtschaft als Partner betrachten

Der Stufenplan sollte sich nicht nur auf Förderprojekte fokussieren, sondern konkrete Maßnahmen zum Aufbau eines Smart-City-Ökosystems vor Ort benennen. Dieses soll aus sich heraus technische und kommunale Innovationen, Verstetigung und Transfer schaffen, und die Wirtschaft als Mitgestalter einbinden. Angesichts einer ausbleibenden weiteren Bundesförderung und begrenzter kommunaler Haushaltsmittel müssen Technologielösungen auch ohne Förderung entwickelt werden. Kommunen sollten zudem nicht selbst Anbieter von Technologielösungen werden. Betriebs- und Betreibermodelle sollten gemeinsam mit kommunalen wie auch privatwirtschaftlichen Unternehmen entwickelt werden.

Markt und Kommunen finden kaum zusammen. Die Einführung eines bundesweiten Smart-City-Portals bis 2025 mitsamt Beschaffungsplattform für Smart-City- und Smart-Region-Produkte und -Dienstleistungen ist dafür eine Lösung. Dadurch haben Kommunen jeder Größenordnung die Möglichkeit, auf das breite Angebot zuzugreifen und unabhängig informiert zu werden. Ein solcher Marktplatz bzw. solches Portal zeigt zu Lösungen und Services deren Schnittstellen, APIs und offene Standards. Das schafft Vertrauen und Transparenz im Markt.

Wahlfreiheit durch offene Standards, Interoperabilität und Technologieoffenheit

Ein offener Datenaustausch wird durch offene Standards, Interoperabilität und Technologieoffenheit sichergestellt. Teil davon sind sowohl proprietäre als auch Open-Source-Lösungen. Erfahrungen aus bereits umgesetzten Projekten der Smart City und Smart Region Community inner- und insbesondere außerhalb Deutschlands bestätigen das. Der Smart-City-Marktplatz kann sicherstellen, dass nur Lösungen und Services angeboten werden, die offene Standards und Interoperabilität gewährleisten. Das führt zu mehr Wahlfreiheit zwischen proprietären und Open Source-Anwendungen sowie Mischformen. Einheitliche Schnittstellen und Datenmodelle unterstützen die Zusammenarbeit und die Replizierbarkeit von Lösungen sowie die effiziente Verwendung öffentlicher Fördermittel. Das Hosting von Smart-City-Lösungen in Cloud-Infrastrukturen wäre die ideale Lösung, um die steigenden IT-Anforderungen (Cyber-Sicherheit, Support, Kosten) effektiv und effizient für Kommunen abzubilden. Es gilt, den Smart Cities und Regions Wege der Kombination und Vereinbarkeit von Open Source und proprietärer Software aufzuzeigen, um in der Umsetzungsphase an Geschwindigkeit zu gewinnen. Der Stufenplan sollte in diesem Rahmen eine klare Orientierung für einen praxisorientierten und zeitgemäßen Einsatz von Open Source Software umfassen. Er sollte zudem transparent zeigen, welche Unterstützung die Kommunen für den Einsatz und Betrieb von Open Source-Lösungen benötigen, und welche Folgekosten sich daraus ergeben. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass Förderbedingungen, die eine hundertprozentige Anwendung von Open Source fordern, nicht zeitgemäß sind und sowohl die Innovation am Markt als auch die Anwendungsmöglichkeiten für Kommunen behindern. Wenn Open Source Software

konsequent weiterentwickelt werden soll, müssen auch dafür Mittel zur Verfügung gestellt werden. Eine Möglichkeit für offene Standards und Interoperabilität ist das Plattform-Konzept und die Architektur von GAIA-X, die die Einhaltung europäischer Regeln (DSGVO, Data Act, Platform Act der EU u. a.) gewährleisten.

Wissenstransfer und Bildungsangebote für Bedienstete

Auf kommunaler Ebene ist es dringend notwendig, die Kompetenzen zur Verwaltungsdigitalisierung sowie für Smart City und Region weiter auszubauen. Ebenso wie es Weiterbildungsangebote der Länder und Kommunalverbände zu Haushaltsrecht oder Kommunalrecht gibt, sollte es Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zur digitalen Stadtentwicklung geben (Technologie, Prozesse und Strukturen, Vorgehensmodelle und Open Source).

Bitkom vertritt mehr als 2.000 Mitgliedsunternehmen aus der digitalen Wirtschaft. Sie erzielen allein mit IT- und Telekommunikationsleistungen jährlich Umsätze von 190 Milliarden Euro, darunter Exporte in Höhe von 50 Milliarden Euro. Die Bitkom-Mitglieder beschäftigen in Deutschland mehr als 2 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 500 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig oder in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 80 Prozent der Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, jeweils 8 Prozent kommen aus Europa und den USA, 4 Prozent aus anderen Regionen. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem weltweit führenden Digitalstandort zu machen.